

## Alexandra Wagner: Kritik bleibt nötig! Zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission



*Dr. Alexandra Wagner, geb. 1959 in Berlin, Studium an der Staatlichen Universität Leningrad, Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Forschungstätigkeit am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) und am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI), war Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (IAT) und ist derzeit bei FIA Forschungsteam internationaler Arbeitsmarkt tätig.*

Geht man davon aus, dass nach der Wahl nicht alles anders sein wird als vor der Wahl, dann darf man gespannt darauf sein, wie die Gewerkschaftsspitzen den Spagat zwischen der Unterstützung des „Gesamtpakets“ der Hartz-Vorschläge und der Vertretung eigener gewerkschaftlicher Interessen lösen werden. „Das Unmögliche wagen“ - so ungefähr könnte die Losung dafür lauten, denn vieles (wenn natürlich auch nicht alles, aber das ist eine Selbstverständlichkeit), was die Hartz-Kommission vorschlägt und was nunmehr in höchster Eile durch die neu gewählte Bundesregierung umgesetzt werden soll, steht in krassem Gegensatz zu dem, wofür Gewerkschaften stehen oder zumindest bisher standen. Mehr noch: Einige der nun von ihnen befürworteten Vorschläge nehmen genau das wieder zurück, wofür die rot-grüne Bundesregierung am Anfang ihrer ersten Amtszeit von den Gewerkschaften ausdrücklich unterstützt worden war: die Begrenzung der geringfügigen Beschäftigung und ihre - wenn auch marginale - soziale Absicherung, Regelungen zur Eindämmung der Scheinselbständigkeit und die Aufhebung des „Dienstmädchenprivilegs“. Es scheint, als hätten sich die DGB-Gewerkschaften, die sich aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen ohnehin in einer eher schwierigen Situation befinden, nunmehr selbstverschuldet und ohne Not in Fragen der Ausgestaltung künftiger Arbeitsmarktpolitik die Hände gebunden.

Welches sind die *inhaltlichen Positionen* der von Hartz geleiteten Kommission, die zu unterstützen sich die Gewerkschaften im Vorfeld der Bundestagswahlen auf die Fahnen geschrieben haben?

1. Implizit zieht sich durch das Papier die Auffassung, dass es den Arbeitslosen an Eigenaktivität und Flexibilität bei der Arbeitssuche mangle, weshalb explizit ein weiterer Schritt im seit Jahren anhaltenden Prozess der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen empfohlen wird. Durch Erhöhung des *Drucks auf arbeitslose Personen* soll Arbeitslosigkeit bekämpft werden.
2. In den Empfehlungen dominiert eine Auffassung, wonach geringere Lohnkosten und eine Deregulierung zu mehr Arbeitsplätzen führen bzw. *(zu) hohe Lohnkosten und eine (zu) hohe Regulierungsdichte zumindest mit schuld an der hohen Arbeitslosigkeit* seien. Explizit wird dies u.a. in den Empfehlungen, Leiharbeit auszuweiten, sie für die Unternehmen kostengünstiger zu gestalten und durch die Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsge-

setzes von bisherigen Beschränkungen zu befreien, niedrig entlohnte Minijobs auszuweiten und eine neue Form der Scheinselbständigkeit zu fördern.

3. Implizit zieht sich durch den Bericht ein *konservatives Frauen- und Familienbild*, wonach es nach wie vor Familienernährer und Zuverdienerinnen gibt - auch wenn das Geschlecht im endgültigen Entwurf nicht mehr ausdrücklich benannt wird, nachdem in der ursprünglichen Fassung mit der Bezeichnung „Familienväter“ der eigenen Auffassung klarer entsprochen worden war. Explizit wird dies u.a. an der „familienfreundlichen Vermittlung“, die sich darin manifestiert, dass „Arbeitslose, die besondere Verantwortung tragen für abhängige betreuungsbedürftige Personen oder Familienangehörige“ Priorität bei der Vermittlung erhalten sollen, aber auch an der vorgeschlagenen Ausgestaltung von Mini-Beschäftigungsverhältnissen in Privathaushalten, die sich bestenfalls zum Zuverdienen eignen.

4. Das Papier ist durch die Auffassung geprägt, dass *Arbeitgebersubventionierung* ein probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Dies wird deutlich in verschiedenen Angeboten an Arbeitgeber zur Senkung ihrer Personalkosten zu Lasten öffentlicher Förderung - bis hin zum partiellen Ausstieg aus der paritätischen Beitragsfinanzierung (für Unternehmen mit positiver Beschäftigungsbilanz).

Alles in allem soll es möglich sein, allein (!) durch die vorgeschlagenen Maßnahmen innerhalb der nächsten drei Jahre 2 Mio. Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Anders ausgedrückt: Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit lässt sich angeblich *ohne* wachsende wirtschaftliche Dynamik und ohne Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung bekämpfen - damit auch ohne Abkehr von der die wirtschaftliche Entwicklung bremsenden Sparpolitik der Bundesregierung.

Geht man davon aus, dass Gewerkschaften immer noch vor allem die Funktion haben, die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft so zu regulieren, dass das unmittelbare Wirken der Marktkräfte eingeschränkt wird und ein sozialer Schutz für Beschäftigte und Arbeitslose gewährleistet ist, dann ist die Zustimmung zu den Positionen der Hartz-Kommission zumindest überraschend. Denn darin geht es nicht um den Schutz der Ware Arbeitskraft, sondern im Gegenteil darum, sie marktgängiger zu machen und den damit verbundenen Risiken auszusetzen. Transferleistungen sollen nicht nur reduziert werden (Abschaffung der jährlichen Anpassung an die Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte), sondern werden ihres Inhaltes beraubt, wenn nunmehr ehemals arbeitslose Personen den Unternehmen für eine gewisse Zeit sogar zum Lohn in Höhe des Arbeitslosengeldes „ausgeliehen“ werden und im Falle der Weigerung der Entzug der Transferleistungen droht. Detlef Hensche nennt dies mit Recht eine „moderne Form der Zwangsarbeit“. Durch die Ausweitung prekärer Erwerbsformen wird soziale Ungleichheit verschärft und Armut trotz Arbeit könnte angesichts der vorgeschlagenen Niedriglohnbeschäftigung künftig noch größere Verbreitung finden. Faktisch handelt es sich um die Fortsetzung einer Politik der Aushöhlung solidarischer Umverteilung, wenn den Opfern der Arbeitsmarktkrise zugunsten der Unternehmen höhere Belastungen auferlegt werden.

Zugegeben, die Verfasser des Berichts waren bemüht, „anstößige“ Formulierungen zu vermeiden und damit auch für Gewerkschaften anschlussfähig zu werden. So sind nicht nur die „Familienväter“ in der Endfassung nicht mehr zu finden, sondern es werden ausdrücklich „tarifliche Regelungen“ für die PersonalServiceAgenturen (PSA) gefordert, die das „Herzstück des Abbaus der Arbeitslosigkeit“ bilden sollen. Aus einzelnen Formulierungen kann man jedoch Schlüsse über das empfohlene Niveau dieser zwischen den Tarifpartnern zu vereinbarenden Regelungen ziehen: „PSA schaffen ein Arbeitsangebot ... zu *günstigen Bedingungen*“ und Arbeitgeber erhalten „über die PSA die Möglichkeit, neue Mitarbeiter zu

suchen, zu geringen Kosten auf Probe gegen Entgelt zu leihen...“<sup>1</sup> Wenn es heißt, dass die Einschaltung der PSA zur „Neutralisierung des Kündigungsschutzes“ für die Unternehmen führt, aber selbiger „für den Arbeitnehmer selbst im Rahmen seines Beschäftigungsverhältnisses in der PSA jedoch nicht angetastet wird“, fragt man sich, wozu dann die Aufhebung des Synchronisationsverbots und die Abschaffung auch der anderen Beschränkungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vorgesehen werden. Durch diese Regelungen wird derzeit gesichert, dass Beschäftigte auch in verleihfreien Zeiten von den Zeitarbeitsunternehmen nicht ohne weiteres entlassen werden können. Blicke es bei den derzeitigen Regelungen für Leiharbeit (die im Übrigen durchaus verbesserungswürdig sind, wofür ein Blick über die Grenzen nach Frankreich oder die Niederlande lohnenswert wäre), ließe sich aber der versprochene „Entlastungseffekt“ durch PSA von immerhin 250.000 bis 350.000 Arbeitsplätzen nicht erklären. An anderen Stellen wird - vermutlich bewusst - offen gelassen, wie Regelungen im Einzelnen aussehen sollen. Die nach der Wahl vorgelegten Änderungsvorschläge zur Arbeitslosenhilfe, die durch eine stärkere Anrechnung des Einkommens des Ehepartners und eigenen Vermögens vor allem für Frauen deutliche Leistungskürzungen bedeuten, sind durch die Hartz-Vorschläge gedeckt, die für das „Arbeitslosengeld II“ empfehlen, den „familiären Kontext des Arbeitslosen“ zu berücksichtigen, ohne jedoch ausdrücklich Kürzungen vorzuschlagen.

Man muss also hier und da auch einmal hinter die Formulierungen schauen, um den Sinn der Vorschläge und das Gesamtkonzept zu verstehen. Tut man dies, dann stellen sich Fragen: Was ist das für ein Gesellschaftsprojekt, in dem prekäre Beschäftigung nicht begrenzt, sondern vielmehr ausgeweitet werden soll? Was ist das für ein Gesellschaftsvertrag, in dem von den Arbeitslosen gefordert wird, während die Unternehmen gefördert werden? Was ist das für ein gesellschaftliches Leitbild, in dem vorgesehen ist, privaten Luxus (Putzfrauen, die sich nur wenige leisten können) gemeinschaftlich (über steuerliche Begünstigung) finanzieren zu lassen? Es geht folglich nicht nur um (durchaus notwendige) Detailkritik, es geht vor allem um die Kritik der gesamten Richtung! Wenn die Gewerkschaften das von der Kommission vorgelegte Gesamtkonzept ausdrücklich begrüßen, kann dies doch nichts anderes heißen, als dass die Grundrichtung des Kommissionsberichts mitgetragen wird und Kritik - wenn überhaupt - bestenfalls Einzelfragen betreffen kann.

Den von den Gewerkschaften angekündigten Detailkritiken bemüht man sich derzeit bereits zu begegnen, indem die „Umsetzung 1:1“, also als Gesamtpaket und ohne jedwede Änderungen im Detail, als Grundvoraussetzung für dessen Erfolg bezeichnet wird. Und es werden bereits Fakten geschaffen: Erste PSA sind gegründet, und laut Koalitionsvereinbarungen sollen die „Vorschläge der Hartz-Kommission schnellstmöglich Punkt für Punkt“ umgesetzt werden. Der Raum für die von den Gewerkschaften angemeldete Detailkritik nach der Zustimmung im Großen und Ganzen ist nicht nur eng, sondern faktisch kaum mehr vorhanden!

Damit wird deutlich: Abgesehen von der inhaltlichen Positionierung befremdet die *Form*, in der Zustimmung zu den Kommissionsvorschlägen durchgepeitscht und eingefordert wird: Wer kritisiert oder auch nur Fragen stellt, wird in die Ecke der Mäkler und Meckerer gestellt – und wer will sich dort schon wieder finden? Nun weiß jeder vernünftige Mensch, dass auch eine noch so hochkarätig besetzte Expertenkommission - erst recht unter enorm hohem

---

1 Bei der Darstellung der Kostenentlastung für die BA durch die PSA geht die Kommission von der Annahme aus, dass der PSA-Tariflohn nach der Probezeit 70 vH des Bruttogehaltes des Beschäftigten vor der Arbeitslosigkeit beträgt!

Zeitdruck - nicht die „Bibel für den Arbeitsmarkt“ (Peter Hartz) produzieren kann. Eine öffentliche Diskussion darüber ist in jedem Fall notwendig und hätte von den Gewerkschaften zwingend eingefordert werden müssen, zumal es um Gelder geht, die als *Lohnbestandteile* bzw. Steuergelder vor allem von den abhängig Beschäftigten aufgebracht werden. Die DGB-Gewerkschaften haben sich jedoch nicht nur in die übereilte Zustimmungsaktivität einbinden lassen, sondern darüber hinaus auch Diskussionen innerhalb ihrer eigenen Organisationen bis hin zu Positionsäußerungen von ganzen Landesverbänden ignoriert.

Unterstellt man, dass die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften sehr wohl überblicken, welche Gefahren in den von der Hartz-Kommission vorgelegten Empfehlungen stecken, gibt es nur eine einigermaßen nachvollziehbare Erklärung für ihr Verhalten: das Bestreben, durch eine (fast) bedingungslose Unterstützung der rot-grünen Regierungskoalition und der SPD im Wahlkampf eine konservativ-liberale Bundesregierung zu verhindern. Dies in der Hoffnung, damit günstige(re) Bedingungen für das Wirken der Gewerkschaften für die Zeit *nach* der Wahl zu sichern. Letztlich haben sie daran mitgewirkt, das arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Scheitern der Bundesregierung zu überdecken, denn vor allem dazu diente der Einsatz der Hartz-Kommission. Ob sich die SPD den Gewerkschaften für deren Wahlhilfe erkenntlich zeigen wird, bleibt abzuwarten. Eines hingegen ist sicher, da mehrfach durch die Geschichte belegt: Dauerhaft werden sich Gewerkschaften - unter welcher Regierung auch immer - nur durchsetzen können, wenn sie aus eigener Kraft Gegenmacht entwickeln. An starken Gewerkschaften hätte auch eine konservative Regierung nicht vorbei regieren können. Insofern war die Wahlhilfe für die SPD vielleicht auch ein Stück Angst vor der eigenen Schwäche.

Das taktisch begründete Zurückweichen vor der Konfrontation hat das Selbstbewusstsein und die Aktionsfähigkeit nicht gestärkt. Langfristig könnte sich der gemeinsam mit der SPD gefeierte Wahlsieg als Pyrrhussieg für die Gewerkschaften erweisen. Sie sehen sich vor dem Dilemma, durch Korrektur bisheriger Positionen unglaubwürdig zu erscheinen oder sich fragwürdige Positionen zu Eigen zu machen. Was man vor der Wahl gut fand, kann man schlecht nach der Wahl bekämpfen. Aus dieser Situation herauszukommen, ist schwierig. Der einzige Ausweg dürfte allerdings darin bestehen, die in den Organisationen bereits stattfindenden Diskussionen aufzugreifen, kontroverse Debatten zuzulassen, eigene alternative Vorschläge zu erarbeiten und gesellschaftliche Gegenmacht zu entwickeln. Auch politische Bildung scheint notwendig, um in den Gewerkschaften Wissen über gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, vor allem das Funktionieren des Arbeitsmarktes, zu verbreiten und gegenüber neoliberalen und marktorientierten Konzepten kritikfähig zu werden. Vor allem aber kommt es darauf an, sich auf die ureigensten Aufgaben gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu besinnen. Lernfähigkeit zu beweisen, ist keine Schande.